



MITTEILUNGSBLATT

der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen

Dezember 2018

Erinnern an Irma Trksak im Gedenkort Uckermark 2018



Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen
Lassallestraße 40/2/6, A-1020 Wien, Tel.: 0650/48 00 636
E-Mail: LGRav_FreundInnen@gmx.net Internet: www.ravensbrueck.at

Allen Kameradinnen & FreundInnen im In- und Ausland wünschen wir ein gesundes & friedliches Jahr 2019!

Diesem Mitteilungsblatt legen wir einen Zahlschein zur Einzahlung des **jährlichen Mitgliedsbeitrages von 20 Euro** bei. Wir bitten um baldige Überweisung! Spenden werden dankend entgegengenommen.

BIC: BAWAATWW, IBAN: AT85 1400 0028 1082 1178

Wie immer legen wir auch die Einladung bei, Mitglied zu werden, sowie eine **Beitrittserklärung**. Bitte das Blatt gerne an Interessierte weitergeben!

Der Vereinsvorstand der

Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen (ÖLGR/F)

.....

Inhalt

Ravensbrück & Uckermark

- 3 Gedenkreise 2018
- 4 Polnische Nationalist_innen
provozieren erneut!
- 5 Lesben – inhaftiert, aber nicht
verfolgt?
- 7 Irma und die Uckermark
- 8 Internationales Ravensbrück-
Komitee: Treffen in Warschau

Vereinsaktivitäten 2018

- 18 Tätigkeiten der ÖLGR/F
- 19 Tätigkeiten von Aktivistinnen
der ÖLGR/F
- 19 Vorschau auf 2019
- 20 Theaterperformance „Lebens-
lang“ Juni 2019
- 20 Ausstellung zum Häftlingsrevier
des KZ Ravensbrück 2019/20

Projekte zu „Ravensbrückerinnen“

- 9 Ehrung für „Ravensbrückerin-
nen“ im öffentlichen Raum
- 10 „Asozial“ im Nationalsozia-
lismus und die Fortschreibung
im Nachkriegsösterreich
- 11 „Meine Mama war Widerstands-
kämpferin“
- 12 Das „Haus der Geschichte
Österreich“
- 14 Geheime Botschaften aus dem
KZ Ravensbrück
- 15 Berta Lauscher, geb. Grubhofer

Verein IM-MER

- 21 Grundsteinlegung für das
Memorial Maly Trostinec

Nachruf

- 22 In Memoriam Professor Rudolf
Gelbard

Vermächtnis

- 24 Präambel der Vereinsstatuten
der ÖLGR/F

.....

Impressum

MITTEILUNGSBLATT 2018 • Herausgeberin: Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen ÖLGR/F, Lassallestr. 40/2/6, 1020 Wien • Texte & Mitarbeit an dieser Ausgabe: Helga Amesberger, Bernadette Dewald, Siegrid Fahrecker, Brigitte Halbmayr, Lisa Steininger, Hannelore Stoff (Redaktion) • Fotos: Helga Amesberger, bundespraesident.at, Bernadette Dewald, Siegrid Fahrecker, HdGÖ, Sylvia Köchl, Christian Michelides (CC BY-SA 4.0), Hannelore Stoff, Jetzt Zeichen setzen! • Titelgestaltung: Bernadette Dewald • Layout: Sylvia Köchl • Vervielfältigung: www.teleprint.at

Gedenkreise 2018

Im Jahr 2018 fand die Gedenkfeier im ehemaligen KZ-Ravensbrück am 21. und 22. April statt. Aus gesundheitlichen Gründen konnte ich an der Gedenkfeier im Jahr 2017 nicht teilnehmen. Daher war ich sehr aufgeregt, ist ein Aufenthalt in Ravensbrück für mich doch so, als würde ich meine Großmutter besuchen. Ich war überwältigt von der riesengroßen herzlichen Begrüßung und den damit verbundenen Gesprächen.

Nach dem Zimmerbezug ging ich wie üblich zum Krematorium, um eine Kerze anzuzünden, in die Kommandantur, zum Schwedtsee und eine Runde über das Gelände. Wir waren eine sehr kleine Delegation aus Österreich; nach dem Ableben von unserer Irma Trksak war auch ihr Sohn Ludwig mit dabei. Wir hatten großes Glück mit dem Wetter, strahlender Sonnenschein begleitete uns auf manch schweren Schritten.

Am Samstag gab es im Foyer in den Garagen und dem angrenzenden Saal einen kleinen Empfang. Wir sind alle an den Tischen gesessen und haben uns bei einem köstlichen Buffet gestärkt und miteinander geplaudert.

An unserem Tisch saßen zwei sehr nette Frauen. Warum bist du hier, wurde ich gefragt, und so erzählte ich meine Geschichte über meine Großmutter und ihre Ermordung im KZ-Ravensbrück, beide Frauen hatten Tränen in den Augen. Auch ich wollte wissen, warum sie hier sind. Minuten ohne Worte vergingen, bis dann eine der Frauen sagte, sie sei als Unterstützung ihrer Freundin hier. Unterstützung wofür, warum? Bevor die Frauen erzählten, haben sie sich bei mir entschuldigt. Entschuldigt wofür? Ich habe noch immer nicht verstanden, worum es ging. Mit schmerz erfüllten Worten erzählte mir eine der Frauen, sie sei die Enkelin eines ehemaligen Aufsehers, seine Bilder und eine Dokumentation über ihn befinden sich im Haus des ehemaligen Kommandanten Fritz Suhren. Mir stockte der Atem, ich dachte, der Bissen bleibt mir im Hals stecken. Gleichzeitig meinten die Frauen, ob es nicht besser wäre aufzustehen und zu gehen, sie waren der Meinung, es wäre nicht richtig, dass sie an diesem Ort sind, mitten unter uns Opfern und Opfer-Angehörigen. Sofort beschwichtigte ich die zwei Frauen und gab ihnen zu verstehen, dass ich absolut keine Vorurteile habe, sie habe sich ihren Großvater nicht ausgesucht. Die Frau, nennen wir sie Rebecca, hat mir dann die ganze Geschichte von ihrem Großvater erzählt, den sie noch kennengelernt hatte, er ist ja nach Hause gekommen, im Gegensatz zu meiner Großmutter, die dort bleiben hat müssen.

Nach dem Empfang gingen alle ihres Weges. Den Rest der Zeit bei der Gedenkfeier im ehemaligen KZ Ravens-

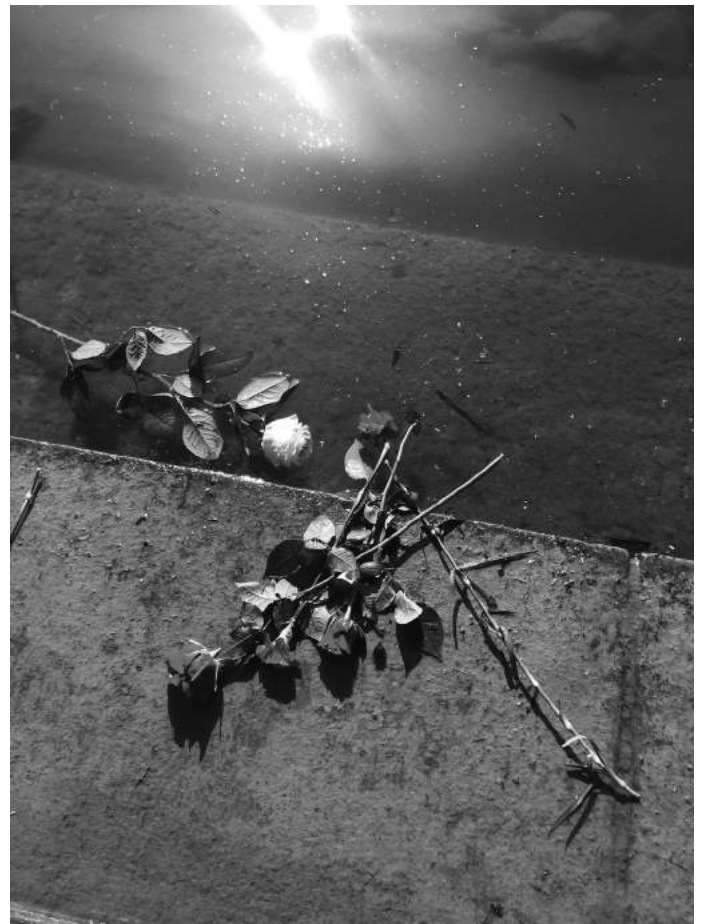


Foto: Bernadette Dewald

brück (und das Gelände ist wirklich groß) kreuzten sich ständig unsere Wege. Immer und immer wieder erzählten wir uns dann gegenseitig über unser Schicksal. Am letzten Tag gingen wir gemeinsam in die Kommandantur und ich zeigte den beiden Frauen die Geschichte meiner Großmutter, anschließend gingen wir noch ins Suhren-Haus, dort zeigte mir Rebecca die Bilder und die Geschichte ihres Großvaters. Tränen liefen über unsere Wangen. In Folge der Gespräche haben wir festgestellt, dass ihr Großvater mit meiner Großmutter zu tun hatte. Beim Verabschieden steckte mir Rebecca einen Zettel mit ihren Kontaktdaten zu und meinte, ich könnte mich jederzeit bei ihr melden, sie würde sich riesig darüber freuen.

Ich empfand das als eine wunderschöne Geste, ich war überwältigt, dass die Enkelin eines SS-Täters so viel Mut bewiesen hat, mit Unterstützung ihrer Freundin an den Ort zu kommen, an dem ihr Großvater für das Leid vieler Frauen mitverantwortlich war.

Aus Rücksicht auf Rebecca möchte ich hier weder den Namen des Aufsehers, noch seine Gräueltaten und auch nicht den richtigen Namen der Enkelin nennen.

Es war für mich nicht ganz leicht, diese Worte zu Papier zu bringen, oft denke ich an diese Begegnung zurück und sehe in Gedanken die Enkelin, ihren Großvater und meine Großmutter.

Siegrid Fahrecker

Polnische Nationalist_innen provozieren erneut in Ravensbrück!

Polnisch-nationalistische Propaganda, wie seit einigen Jahren bei der Befreiungsfeier beobachtet, war heuer durch die internationale Kritik am im Jänner 2018 in Polen gesetzlich festgelegten Verbot, von „polnischen Lagern“ zu sprechen, befeuert. Das Gesetz scheint v.a. darauf zu zielen, eine Mitschuld von Teilen der polnischen Bevölkerung an der Ermordung von drei Millionen polnischen Juden und Jüdinnen und am Holocaust insgesamt in Abrede zu stellen. Verstärkte Versuche von rechts – nicht nur in Ravensbrück – Befreiungsfeiern zu vereinnahmen, beruhen allerdings auf weiteren, sehr vielschichtigen Motiven, die hier auszuführen unseren Rahmen sprengen würden. Wir stellen jedoch diesen Brief der Uckermark-Initiative zur Verfügung.

Seit den letzten Jahren werden die Feierlichkeiten zum Gedenken an die Befreiung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück immer massiver von polnischen Nationalist_innen gestört. So auch dieses Jahr am 22. April 2018. Nationalistische Symbole auf Armbinden paramilitärischer Kleidung, Fahnen und Bannern werden (nicht nur) von aggressiven jungen Männern offen getragen. Wie berechnend sie diese Symbolik einsetzen, zeigt unter anderem das punktgenaue Auftauchen einer Flagge der Narodowe Siły Zbrojne (Nationale Streitkräfte, NSZ) zu Beginn des jüdischen Kaddisch-Gebets. Diese Organisation ist für die Ermordung von Jüd_innen und Kommunist_innen sowie für ihre Kollaboration mit den Deutschen während und nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt.

Zwar beschwor die Gedenkstättenleiterin Insa Eschebach auch in ihrer diesjährigen Rede eine Europäisierung des Gedenkens. Doch statt den vielfältigen (National-)Fahnen früherer Jahre, die die Herkunft der Häftlinge des Konzentrationslagers kennzeichneten, steht sie jetzt nur noch einem Meer von polnischen Fahnen gegenüber. Schon in den Vorjahren waren sowohl Mitarbeiter_innen der Mahn- und Gedenkstätte als auch Besucher_innen am Rand der Gedenkveranstaltung massiv bedroht, beschimpft und abfotografiert worden. In diesem Jahr ist die Situation jedoch auf der Gedenkveranstaltung selbst eskaliert: Mehrere polnische Nationalist_innen stellten sich demonstrativ direkt vor das Banner der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis, um dieses sowie die dazugehörenden antifaschistischen Flaggen zu verdecken. Die Gruppe der Nationalist_innen wurde immer größer, ihr Auftreten war bedrohlich. So fotografierten sie ständig die Gesichter derjenigen, die um das Banner der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis standen. Als sie von Besucher_innen aufgefordert wurden, ihre nationalistischen Transparente wieder einzurollen und etwas weiter wegzugehen, reagierten sie laut und aggressiv und es kam fast zu Handgreiflichkeiten. Das Auftreten der polnischen Nationalist_innen – nicht nur bei diesem Zwischenfall – hat die Gedenkfeier so massiv gestört, dass für viele ein Gedenken nicht mehr möglich war.

Einige Mitarbeiter_innen der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück versuchten spontan, in die angespannte

Situation einzugreifen, um Schlimmeres zu verhindern. Ein Handeln der Mahn- und Gedenkstätte von offizieller Seite blieb jedoch aus. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre hatte die Mahn- und Gedenkstätte im Vorjahr angekündigt, eine Strategie zum Umgang mit diesem immer massiveren Problem entwickeln zu wollen. Doch das ist anscheinend nicht passiert. Im Gegenteil: Sogar der kleine Vermerk auf der Einladung im Vorjahr, dass nationalistische Symbole auf der Gedenkfeier nicht erwünscht seien, fehlte in diesem Jahr wieder.

Wir fordern die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück auf:

- * ihre Besucher_innen (insbesondere die Überlebenden und deren Nachkommen!) vor rechten, nationalistischen Bedrohungen zu schützen und eine Atmosphäre zu schaffen, in der ein Gedenken möglich ist
- * sich eindeutig gegen Nationalismus sowie Antisemitismus und Rassismus in all ihren Ausprägungen zu positionieren
- * endlich eine umfassende Strategie zu entwickeln, um zukünftig Provokationen von Nationalist_innen zu verhindern
- * schon bei der Einladung zur Gedenkfeier klar zu machen, dass nationalistische Symbole unerwünscht sind
- * von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Nationalist_innen vom Gelände der Mahn- und Gedenkstätte zu verweisen, wenn sie ihre Provokationen (durch entsprechende Symbole und ihr Verhalten) nicht einstellen
- * ihre Einladungspolitik so zu gestalten, dass kritische und fortschrittliche Stimmen mehr Gehör bekommen und nicht Vertreter_innen einer reaktionären, repressiven, rechten Politik weiter gestärkt werden

Wir finden es notwendig, mit der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und anderen, die sich dort engagieren, daran zu arbeiten, dass Nationalismus an diesem Ort und im Besonderen bei den Gedenkveranstaltungen zukünftig keinen Platz mehr hat.

April 2018

Einige Teilnehmende aus der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark
www.gedenkort-kz-uckermark.de

Kontakt: info@gedenkort-kz-uckermark.de

Lesben – inhaftiert, aber nicht verfolgt?

Für eine Sichtbarmachung der Komplexität der Verfolgung lesbischer Frauen!

Der Vorstand der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätte hat die skandalöse Entscheidung des Internationalen Beirates aufgehoben. Was sind die Hintergründe und Auseinandersetzungen?

Seit 2015 gestaltet die Initiative „Autonome feministische Frauen und Lesben aus Deutschland und Österreich“ jährlich im Rahmen der Befreiungsfeiern ein Gedenken an die verfolgten und ermordeten Lesben im KZ-Ravensbrück. Sie knüpfen damit an ein öffentliches Gedenken für die verfolgten Lesben im NS-Faschismus an, das die Lesbengruppe LiK („Lesben in der Kirche“) in der DDR bereits 1985 in der Mahn- und Gedenkstätte erstmals initiierte. Dies wurde mit staatlicher Repression sanktioniert und unterbunden. Heute ist ein lesbisches Gedenken an diesem Ort damit konfrontiert, dass Teile der Wissenschaft und auch der Schwulenorganisationen behaupten, es sei wissenschaftlich nicht bewiesen, dass Lesben im NS-Faschismus verfolgt wurden.

Nachdem die 2015 bei der Gedenkfeier niedergelegte „Gedenkkugel“ als „wildes Gedenkzeichen“ entfernt werden musste, reichte die Initiative 2016 einen Antrag für ein Gedenkzeichen in Form einer „Gedenkkugel“ aus Keramik ein, um auf ihr mit einer Inschrift den verfolgten und ermordeten lesbischen Frauen im KZ Ravensbrück und Uckermark zu gedenken. Der Antrag wird breit und international sowohl vom IRK (Internationales Ravensbrück Komitee) als auch von 644 Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen aus 30 Ländern unterstützt. Die Besonderheit des Antrags ist, dass dieser die verschiedenen Verfolgungsstrukturen, denen lesbische Frauen ausgesetzt waren, sichtbar macht.

Inhaftiert, aber nicht verfolgt?

Trotzdem rief der Antrag großen Widerstand hervor, vor allem von Seiten des Lesben- und Schwulenverband LSVD-Berlin Brandenburg (LSVD-BB) und deren Vertreter für die Opfergruppe der Homosexuellen im Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Herr Zinn als Vertreter der Homosexuellen im Beirat schrieb sogar eine (interne) Stellungnahme für die Fachgremien, in der er behauptet, dass die Anerkennung der Verfolgung von Lesben einer Geschichtsklitterung gleich käme. Diese Stellungnahme haben Lesben in einem „Offenen Brief für die lesbische, schwule und queere Öffentlichkeit“ veröffentlicht, vehement kritisiert und andere aufgefordert zu protestieren und zu intervenieren.

Aber von Teilen der Fachgremien wird diese lesbenfeindliche Stellungnahme mitgetragen. Obwohl in den letzten zwei Jahren ein Symposium zum lesbischen und schwulen Gedenken in der Mahn- und Gedenkstätte ab-

gehalten wurde, obwohl lesbische Wissenschaftlerinnen Artikeln zur Verfolgung von Lesben veröffentlichten und auch schwule Wissenschaftler sich für einen umfassenderen Begriff von Verfolgung einsetzten, und obwohl auch der LSVD-Bund anders Stellung bezieht als der LSVD-BB, konnten sich die Fachgremien nicht auf den Antrag der Initiative einigen und die Entscheidung wurde immer wieder verschoben.

Am 9.10.2018 tagte der Beirat erneut. Der LSVD-BB hatte einen „Gegenantrag“ eingebracht, mit der Inschrift „Den lesbischen Frauen aller Verfolgtengruppen“. Begründet wurde der Antrag u.a. damit, dass nach bisherigem Forschungsstand nicht belegt sei, dass lesbische Frauen wegen ihrer Homosexualität mit KZ-Haft bestraft worden seien, aber dass es unter den Inhaftierten auch Frauen gab, die lesbisch waren. Sie beantragten ebenfalls eine „Gedenkkugel“, allerdings eine aus Metall, die auf einem Betonsockel fixiert ist. Diese Metallkugel kann man fast als symbolische Kriegserklärung sehen.

Sichtbarmachung der Komplexität der Verfolgung

Die „Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen“ brachten einen zusätzlichen Antrag in Solidarität mit der Initiative ein, und begründete, warum die Sichtbarmachung der Komplexität der Verfolgung lesbischer Frauen wichtig ist.

Darin heißt es: *„Es geht den Antragsstellerinnen um das Aufzeigen der Komplexität der Verfolgung. Es ist unbestreitbar, dass lesbische Frauen im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden. In Deutschland wurden bereits 1933 Treffpunkte, Zeitschriften, Bücher für lesbische Frauen und schwule Männer von den Nationalsozialisten verboten und zerstört. Im annektierten Österreich betraf die strafrechtliche Verfolgung von Homosexualität auch die Frauen.“*

Die Häftlingsgruppen und -kategorien in den Konzentrationslagern wurden von den Nationalsozialisten geschaffen. Die Verfolgung zeigt sich nicht ausschließlich an diesen ‚Verfolgtengruppen‘. Ein Gedenken und eine Würdigung der Verfolgten sollten die Vielschichtigkeit der Macht- und Gewaltstrukturen und der Verfolgung betrachten und als Grundlage nehmen.

Schwule Männer waren in den Konzentrationslagern eine eigene Haftgruppe mit dem ‚Rosa Winkel‘. Die Verfolgung von lesbischen Frauen war – so wie bei den schwulen Männern – bestimmt von der gesellschaftlichen Ächtung gleich-

geschlechtlicher Liebe und Lebensweisen. In der Ideologie der Nazis galt Homosexualität als ‚sittlich entartet‘.

Der gesellschaftliche Status von lesbischen Frauen ist dabei nicht einfach mit dem von schwulen Männern zu vergleichen, sondern ist auch mit dem gesellschaftlichen Ansehen und den Lebensrealitäten von Frauen, vor allem von so genannten allein stehenden, nicht verheirateten Frauen verbunden. Lesbische Frauen wurden u.a. als ‚asozial‘, ‚kriminell‘ oder ‚verrückt‘ stigmatisiert und verfolgt und in den Akten der Nationalsozialisten wurde bei Verdacht weiblicher Homosexualität u.a. ‚(triebhafter) Lesbierin‘ oder ‚Unzucht mit einer Person desselben Geschlechts‘ vermerkt.

Wir finden es wichtig, dass die Mitglieder der Fachkommission und des Beirates, die über dieses Gedenkzeichen entscheiden, die vielfältigen Veröffentlichungen, Aktivitäten und wissenschaftlichen Beiträge zur Verfolgung, Ermordung und Widerstand von lesbischen Frauen mit einbeziehen, dass die Lebensrealitäten von lesbischen Frauen, patriarchale Machtverhältnisse und Verfolgungsstrukturen mitgedacht und berücksichtigt werden, und die Erkenntnisse in den Mahn- und Gedenkstätten Eingang finden. (...)

Wir stellen den Antrag auch in Verbundenheit mit Mitgliedern der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück, die ihr Leben lang in Lebensgemeinschaften mit ihren Partnerinnen lebten und dies nicht öffentlich benannt werden durfte, da die gesellschaftliche Ächtung bis in die 1980er-Jahre so groß war, dass sie ihre Arbeit und Existenz verloren hätten und in der Öffentlichkeit diskreditiert worden wären.“

Eine skandalöse Entscheidung

Am 9.10.2018 hat eine knappe Mehrheit der Mitglieder des Internationalen Beirates jedoch für die Inschrift „Den lesbischen Frauen aller Verfolgtengruppen“ des Antrages des LSVD-Berlin Brandenburg votiert. Sie entschieden sich also für die Inschrift eines Antrages einer Gruppe, die öffentlich behauptet, dass es keine Verfolgung von Lesben im NS-Faschismus gab!

Selbst der Kompromissvorschlag der Initiative mit der verkürzten Inschrift „Im Gedenken an die lesbischen Frauen im KZ Ravensbrück und Uckermark“ fand keine Mehrheit, weil darin nicht explizit die Verfolgung von Lesben ausgeschlossen wird! „Gedacht werden darf in Ravensbrück nicht den lesbischen Verfolgten des NS, sondern nur den Inhaftierten, die aus welchen Gründen auch immer inhaftiert und eben auch lesbisch waren. Wer des Gedenkens würdig ist, ist eben immer auch mit aktuellen politischen Kämpfen um Deutungsmacht verknüpft“, schrieb Anna Hájková im Tagesspiegel, queerer blog am 21.11.17.

Das Maß ist voll!

Bereits vormittags am Tag der Beiratssitzung hat der LSVD-BB in einem Newsletter veröffentlicht, der

(neue) Stiftungsleiter habe dem LSVD-BB zugesichert, dass nunmehr über das fachlich kontrovers diskutierte Thema final entschieden werde. Unmittelbar nach der Beiratssitzung hat der LSVD-BB eine Presserklärung in Umlauf gebracht, in dem gesagt wurde, dass sich der Beirat mehrheitlich für den Antrag des LSVD-BB entschieden hätte. Damit war das Maß voll! Am 11.10. veröffentlichte die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätte, namentlich der Stiftungsdirektor Dr. Axel Drecroll und die Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück Dr. Insa Eschebach, eine Erklärung, die die Entscheidung des Beirates aufhob, die Pressemitteilung des LSVD-BB als „kontraproduktiv“ kritisiert, weil sie „weder die Beschlusslage noch die Abläufe innerhalb der Stiftung korrekt wieder[gibt]“ und bedauert, „dass es für die Errichtung eines Gedenkzeichens derzeit keine tragfähige Voraussetzung gibt“, aber sie weiter daran festhalten möchte, „ein solches Gedenkzeichen in der Gedenkstätte Ravensbrück zu ermöglichen.“ Der LSVD-BB hat am selben Tag eine Pressemeldung geschrieben und „die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten für die Missachtung der Mehrheitsentscheidung im Beirat [kritisiert]“. Das Vorgehen des LSVD-BB, ein Gedenken an die Verfolgung von lesbischen Frauen zu umgehen und das Gedenken für sich zu vereinnahmen, stieß auch auf heftige Kritik in der schwul-lesbischen Community. Als dann noch ein E-Mail von 2017 veröffentlicht wurde, in dem ein LSVD-BB Vorstandsmitglied die Initiative als „Kravalllesben“ bezeichnete, reagierten viele Lesben im sozialen Netzwerk mit Kritik am LSVD-BB und der Androhung, aus dem LSVD austreten zu wollen. Dabei bezeichneten sie sich selbst stolz als „Kravalllesben“.

Am 12.10. hat der Vorstand vom LSVD-BB öffentlich bekannt gegeben, dass er „seinen Antrag für das lesbische Gedenken in Ravensbrück zurückziehe“. Offen bleibt, ob er angesichts des Protests seine Position hinsichtlich einer Definition von Verfolgung lesbischer Frauen hinterfragen wird.

Es braucht unser Engagement und unsere Solidarität

Kein Antrag für den neuen Gedenkort in der Mahn- und Gedenkstätte hat solchen Widerstand hervorgerufen. Es ist notwendig, dass auch die Mitglieder der Fachgremien lesbische, queere und feministische Forschung ernst und einen umfassenderen Begriff von Verfolgung als Grundlage nehmen. Es braucht weiterhin das Engagement und die Entschiedenheit vieler Lesben und die solidarische Unterstützung von AntifaschistInnen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen, um endlich ein Gedenkzeichen für die verfolgten und ermordeten lesbischen Frauen im KZ Ravensbrück umzusetzen. Sie wurden als „asozial“, als widerständig und verrückt und aus anderen Gründen verfolgt und ermordet. Ihr seid nicht vergessen!

Lisa Steininger



Fotos: Bernadette Dewald

Irma und die Uckermark

Am Samstag, den 21. April 2018, fand die Gedenkfeier im ehemaligen Jugend-KZ und späteren Vernichtungsort Uckermark statt. Danach wurde von der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V. noch eine weitere Feier zu Ehren und zur Erinnerung an Irma Trksak abgehalten. Die Aktivistinnen hatten alles sorgfältig vorbereitet, ja sogar an schlechtes Wetter war gedacht und ein kleiner Unterstand gebaut worden.

Am Boden eine Decke, Schüsseln gefüllt mit vielen Süßigkeiten, Irma war doch eine ziemlich Naschkatze. Irmas Lebenslauf und auch etliche Bilder aus ihrem langen Leben schmückten den Boden. Es kamen sehr viele

Menschen, um dieser Feier beizuwohnen. Zu Beginn waren wir eher leise und niedergeschlagen. Irma fehlte, und das war spürbar. Aber wir hatten das Glück, dass uns nach Irmas Ableben ihr Sohn Ludwig dieses Jahr begleitete.

Wir haben dann angefangen, über Irma, ihr Leben sowie ihre Erzählungen über ihre Zeit im KZ Ravensbrück und dem Vernichtungsort Uckermark zu sprechen. Wir wurden immer aufgeregter und sprechfreudiger, wir erzählten nacheinander viele Episoden. Über einige mussten wir sogar herzlich lachen, auch Ludwig plauderte so einiges – im wahrsten Sinne des Wortes – aus der Kinderstube.

Die Zeit verging wie im Flug, viel zu schnell, wir hätten noch vieles erzählen und hören können. Auch die Süßigkeiten waren bald alle aufgegessen. Wer mochte, konnte sich den Lebenslauf und Bilder von Irma mitnehmen, kein einziges blieb übrig.

Ein großes Dankeschön an alle, die an dieser wunderbaren, berührenden Feier mitgearbeitet haben. Ich werde mich noch lange daran erinnern, und es war mir eine große Ehre, mit Irma einige Jahre gemeinsam ein Stück des Weges zu gehen.

Siegrid Fahrecker



Internationales Ravensbrück-Komitee Treffen in Warschau, Polen

Von 15. bis 19. Juni 2018 fand das jährliche Treffen des Internationalen Ravensbrück-Komitees (IRK) statt, diesmal in Warschau. Neun Nationen konnten der Einladung folgen: Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Russland, Spanien, Tschechien und die Ukraine. Wir waren 25 Teilnehmerinnen, davon noch vier Überlebende aus Polen, Russland und der Ukraine.

Am Freitag, 15. Juni 2018, erfolgte die allgemeine Anreise der TeilnehmerInnen. Wir trafen uns beim gemeinsamen Abendessen, es war ein riesiges „Hallo“ und von allen Seiten eine herzliche Begrüßung. Wir freuten uns darüber, dass wir uns wieder sahen.

Am Samstag, 16. Juni 2018, begaben wir uns – gestärkt durch ein leckeres Frühstück – in den Sitzungssaal. Die polnische Regierung übernahm sämtliche Kosten unseres IRK-Treffens. Leider hatten wir dadurch nicht unsere gewohnten persönlichen Dolmetscher des IRK unter uns. Es gab diese Dolmetscherkabinen und bei jeder Teilnehmerin auf dem Platz eine Sprechanlage sowie Kopfhörer.

Nach der offiziellen Begrüßung durch Vizepräsidentin Jeanine Bochat mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass aus gegebenem Anlass nicht wie üblich mit der Tagesordnung und in Folge mit den Länderberichten begonnen werden konnte. Mit einer Gedenkminute starteten wir dann etwas traurig die Sitzung. Unsere Schatzmeisterin Greet war letztes Jahr verstorben und unsere Präsidentin Eva Bäckerova konnte wegen Krankheit ihr Amt nicht mehr ausüben. Deshalb mussten wir mit Neuwahlen beginnen. Ambra Laurenzi, Tochter einer Überlebenden

aus Italien, wurde zur Präsidentin und Marie France Cabeza-Marnet aus Frankreich zur Schatzmeisterin gewählt.

Sonntag, 17. Juni, und Montag, 18. Juni 2018, absolvierten wir ein dicht gedrängtes Programm mit Länderberichten, Besuchen von polnischen Überlebenden, wobei ich eine Begegnung mit der polnischen Überlebenden Frau Alicja Gawlikowska-Swierczynska in meinem Herzen mit nach Hause genommen habe. Sie erzählte ihre berührende Geschichte: sie betreute die Kaninchen in

Ravensbrück, sie war glücklich, sie zu füttern und das weiche Fell zu streicheln. Sie hat auch – wie meine Großmutter – in der Zuschneiderei gearbeitet.

Bei einer Rundfahrt mit dem Bus gedachten wir beim Pawiak Gefängnis mit einer Kranzniederlegung der Frauen, die von dort aus ins KZ Ravensbrück deportiert wurden. Es folgte der Besuch im Museum des Warschauer Aufstandes, mit dem Garten des Friedens. Wir besuchten das Grabmal des unbekannten Soldaten. Bei einer Wohnhausanlage bestaunten wir die Fassade, auf der sich das Portrait einer polnischen Ravensbrückerin mit rotem Winkel und der Nummer 11250



befindet. Bei der Rückfahrt zum Hotel wurden unsere anstrengenden Tage mit dem Spektakel eines Licht-Wasserspiels belohnt.

Montag, 19. Juni 2018, erfolgte nach dem Frühstück die individuelle Heimreise.

Siegrid Fahrecker (Text & Foto)

Ehrung für „Ravensbrückerinnen“ im öffentlichen Raum

Auf dem Gelände des ehemaligen Nordbahnhofes im 2. Wiener Gemeindebezirk entsteht ein neuer Stadtteil. Bis 2025 sollen dort unter anderem ein Bildungscampus und Wohnungen für 20.000 Menschen gebaut werden.



Nordbahnhofgelände in Wien.
Foto: Sylvia Köchl

Die ÖLGR/F hat im März 2018 an die Bezirksvorsteherin des 2. Bezirks, Frau Uschi Lichtenegger, 16 Vorschläge zur Benennung von Verkehrsflächen und Bildungseinrichtungen nach „Ravensbrückerinnen“ gesandt. Durch diese Namensgebung könnte den von den Nationalsozialisten verfolgten Frauen ein Denkmal gesetzt werden. Darüber hinaus wäre die Benennung von öffentlichen Gebäuden und Straßen eine Möglichkeit, dem nach wie

vor bestehenden geschlechtsspezifischen Missverhältnis in der Straßenbenennung – nur zehn Prozent der Straßen Wiens sind nach Frauen benannt – entgegenzuwirken.

Bei der Auswahl der Namen sollte die Bandbreite der Verfolgungsgründe sichtbar werden. Zu jeder Frau haben wir eine Kurzbiografie, jeweils auch mit einem Foto, erstellt.

Folgende „Ravensbrückerinnen“ haben wir vorgeschlagen:

- ◆ Käthe Anders: Politischer Widerstand und als „asozial“ verfolgt
- ◆ Maria Berner: Politischer Widerstand; Gründungsmitglied der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück (ÖLGR)
- ◆ Antonia Bruha: Tschechischer Widerstand; Gründungsmitglied der ÖLGR
- ◆ Anna Burger: als „Asoziale“ verfolgt; ermordet in Ravensbrück
- ◆ Regine Chum: Politischer Widerstand, als „jüdischer Mischling“ verfolgt
- ◆ Barbara Mucha: Politischer Widerstand; Gründungsmitglied der ÖLGR
- ◆ Berta Fröhlich: als Romni verfolgt
- ◆ Barbara Hirsch: Politischer Widerstand
- ◆ Cölestine Hübner: Politischer Widerstand, Gründungsmitglied der ÖLGR
- ◆ Dagmar Ostermann: als „Mischling ersten Grades“ nach den Nürnberger Rassengesetzen verfolgt
- ◆ Friedl Sinclair: Kommunistischer Widerstand; Obfrau der ÖLGR von 1994–2000
- ◆ Vilma Steindling: Politischer Widerstand

- ◆ Irma Trksak: Politischer Widerstand; Gründungsmitglied der ÖLGR, langjährige Sekretärin der ÖLGR und Vertreterin Österreichs im internationalen Ravensbrück-Komitee (IRK)
- ◆ Anna Wundsam: Politischer Widerstand, verfolgt aufgrund der Beherbergung eines Fallschirmspringers; Gründungsmitglied der ÖLGR
- ◆ Johanna Vogl: Politischer Widerstand; Gründungsmitglied der ÖLGR
- ◆ Hilde Zimmermann: Politischer Widerstand, verfolgt aufgrund der Beherbergung eines Fallschirmspringers; Gründungsmitglied der ÖLGR

Leider erhielten wir bis jetzt noch keine Rückmeldung auf unsere Vorschläge.

Hannelore Stoff

Quellen:

www.ravensbrueck.at/die-lagergemeinschaft/portraits
Helga Amesberger / Brigitte Halbmayr: Vom Leben und Überleben – Wege nach Ravensbrück. Das Frauenkonzentrationslager in der Erinnerung. Band 2: Lebensgeschichten.

„Asozial“ im Nationalsozialismus und die Fortschreibung im Nachkriegsösterreich. Weibliche Häftlinge im KZ Ravensbrück und KZ Uckermark.

Forschungsprojekt und Publikation

Ende Februar 2018 konnten wir am Institut für Konfliktforschung abermals ein Projekt zu Österreicherinnen im KZ Ravensbrück und KZ Uckermark abschließen. Diesmal ging es um die bislang selten thematisierte Verfolgtengruppe der als „asozial“ stigmatisierten Frauen. Diese Forschungsarbeit – durchgeführt von Helga Amesberger, Elke Rajal und mir – stellt die Fortsetzung einer mittlerweile über 20-jährigen Forschungstätigkeit am Institut für Konfliktforschung zum Forschungsschwerpunkt Frauen und NS-Verfolgung dar.

Die Forschungsergebnisse erscheinen im März 2019 unter dem Titel *„Arbeitsscheu und moralisch verkommen“: Verfolgung von Frauen als „Asoziale“ im Nationalsozialismus* im Mandelbaum Verlag. Hier möchte ich bereits einen kurzen inhaltlichen Einblick geben: Im **Schwer-**

punkt eins beschäftigen wir uns mit den als „asozial“ verfolgten Frauen in den Konzentrationslagern **Ravensbrück und Uckermark**. Ausgangspunkt dafür sind jene 160 Namen, bei denen in der IKF-Datenbank über die österreichischen Inhaftierten im KZ Ravensbrück (ca. 2.700) als Haftgrund „asozial“ angegeben war. In Bezug auf die ins Frauenkonzentrationslager Deportierten gehen wir anhand von drei Fallbeispielen den Einweisungsgründen, den Haftwegen und Haftbedingungen sowie den Überlebenschancen dieser Verfolgtengruppe nach. Die als „asozial“ stigmatisierten Mädchen und jungen Frauen (bis zum Erreichen der Volljährigkeit mit 21 Jahren) wurden nicht in Ravensbrück, sondern im sogenannten Jugendschutzlager Uckermark inhaftiert. Aufgrund des nach wie vor geringen Wissensstandes zum Jugendkonzentrationslager befassen wir uns zunächst ausführlich mit den dort herrschenden Strukturen wie etwa den kriminalbiologischen Untersuchungen, der Zwangsarbeit, den Strafen und Schikanen, bevor wir den Schicksalen der Österreicherinnen unter den Uckermark-Häftlingen nachgehen.

Der **zweite Schwerpunkt** des Buches befasst sich mit der **Vorgeschichte** der KZ-Einweisung, wobei die zugrundeliegende Ideologie und die für die Verfolgung von „Asozialen“ geschaffenen Strukturen sowie das Handeln der Behörden (z.B. Rassenpolitisches Amt, Fürsorge, Gesundheitsbehörde, Arbeitsamt) im Zentrum stehen. Am Beispiel der Gauen Wien und Niederdonau werden zentrale Einrichtungen wie die „Asozialenkommission“, die Arbeitsanstalten Am Steinhof, Klosterneuburg und Znaim, für den Gau Oberdonau wird die Gauerziehungsanstalt Gleink analysiert. Darüber hinaus gehen wir der Frage nach, ob es eine Systematik in der Eskalation der Verfolgung der Frauen gab, die schließlich zu einer KZ-Einweisung führte, oder ob es eher Zufall aufgrund behördlicher Willkür war, in welcher Form und welchem Ausmaß eine Frau in die Verfolgungsmaschinerie gelangte. Von Interesse war also der „Scheidepunkt“, der zu einer verschärften Zwangsmaßnahme führte und schlussendlich eine KZ-Einweisung nach sich zog. Um diese Fragen zu beantworten, nehmen wir nicht nur die KZ-Opfer in den Blick, sondern auch jene Frauen,



die in Arbeitsanstalten, Arbeitserziehungslagern und Erziehungsheimen eingewiesen wurden, sowie Frauen, bei denen in der Begründung für eine Zwangssterilisation die Unterstellung von „Asozialität“ aufscheint.

Im **dritten Schwerpunkt** unserer Forschung geht es um die bereits angesprochenen **Kontinuitäten** von Diskriminierung und Ausgrenzung – und damit um den Umgang **Nachkriegsösterreichs** mit als „asozial“ Verfolg-

ten. Dies wird anhand der Abwicklung von Anträgen um Leistungen nach dem österreichischen Opferfürsorgegesetz von Frauen, die als „asozial“ stigmatisiert waren, sowie anhand zweier Gerichtsverfahren gegen leitendes Personal der Arbeitsanstalt Am Steinhof bzw. der Gauerziehungsanstalt Gleink ausführlich erörtert.

Brigitte Halbmayer

„Meine Mama war Widerstandskämpferin“

Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und ihre Bedeutung für das politische Selbstverständnis der nächsten Generation.

Das ist der Titel eines Forschungsprojekts am Institut für Konfliktforschung, durchgeführt von Helga Amesberger, Brigitte Halbmayer und Simon Clemens. In dieser Studie gingen wir drei Widerstandsnetzwerken im Nationalsozialismus und der Rolle von Frauen darin nach. Ein weiterer Schwerpunkt war die Sichtweise der nächsten Generation auf die widerständigen Leistungen ihrer Mütter sowie die familiären Prägungen aufgrund der Widerstands- und Verfolgungserfahrungen der Mütter. Möglich machte diese Arbeit eine Förderung der Kulturstiftung der Stadt Wien im Rahmen der Projektausschreibung „Republik in Österreich – Demokratie in Wien. 100 Jahre Gegenwart, Geschichte und Zukunft“.

Im Mittelpunkt unseres Forschungsprojektes stehen drei Frauen – Barbara (Hansi) Eibensteiner (kommunistischer Widerstand), Gertrude Horn (jüdischer Widerstand) und Irma Trksak (tschechischer Widerstand) –, die sich in der Zeit des Austrofaschismus und nach der nationalsozialistischen Machtübernahme für den Erhalt der Demokratie engagierten und hierfür mit Konzentrationslagerhaft bestraft wurden.

Anhand der Lebensgeschichten dieser drei Frauen (Sozialisation, Widerstandstätigkeit und Leben nach der Befreiung) thematisieren wir ihre Politisierung, die bislang vernachlässigte Rolle von Frauen im Widerstand und deren Widerstandsnetzwerke.

Der zweite Schwerpunkt liegt auf der Tradierung ihrer Widerstandstätigkeit mit Fokus auf die Weitergabe an die Kinder, wobei dieser Prozess im gesellschaftlichen und individuell-biographischen Kontext betrachtet wird.

Drittens gingen wir der Frage nach, in welcher Art und Weise die Widerstandstätigkeit der Mutter zur Politisierung der Kinder, zu ihrem politischen Selbst- sowie ihrem Demokratieverständnis beigetragen hat.

Die Studie zeigt, dass Frauen eine wesentliche Rolle im kommunistischen Widerstand gegen den Austrofaschismus und das NS-Regime spielten – und nicht nur eine zuarbeitende, wie häufig konstatiert wird. Deutlich wird auch, dass sie selbst ihre Leistungen gegenüber ihren Kindern nie besonders hervorkehrten, aber auch nicht verschwiegen. So unterschiedlich die Weitergabe der Erfahrungen auch war, alle befragten Nachkommen gaben an, durch die Widerstandstätigkeit und die Verfolgung ihrer Mütter/Eltern politisiert worden zu sein. Selten war es eine parteipolitische Politisierung, vielmehr eine große Wachsamkeit gegenüber politischen Entwicklungen und eine Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement. Die Frauen haben also nicht nur durch ihre Widerständigkeit, sondern auch mit ihrem Sprechen über die nationalsozialistische Verfolgung zur Demokratisierung Österreichs beigetragen.

Das Buch „Meine Mama war Widerstandskämpferin“ erscheint im Herbst 2019 im Picus Verlag.

Helga Amesberger

Das „Haus der Geschichte Österreich“

Wie es gelungen ist, die Widerstands- und Verfolgungsgeschichte der Ravensbrück-Überlebenden Berta Lauscher ins neue „Haus der Geschichte Österreich“ in Wien zu bringen – und wie das Haus vor Ort und im Internet funktioniert.

Am 10. November 2018 eröffnete endlich das erste Bundesmuseum für Zeitgeschichte mit der Ausstellung „Aufbruch ins Ungewisse – Österreich seit 1918“, das die Geschichte Österreichs in den vergangenen 100 Jahren beleuchtet. Dem nunmehrigen Haus der Geschichte Österreich (HdGÖ) ging eine jahrzehntelange Kontroverse über die Notwendigkeit, Inhalte und den Standort eines österreichischen Geschichtsmuseums voraus. Auf einer Fläche von lediglich rund 800 m² ist nun eine Ausstellung entstanden, die sich sehen lassen kann und einen angesichts der Fülle von Objekten, Fotos und Informationen überwältigt.

Umkämpfter Ort

Geschichtsmuseen sind immer umkämpfte Orte. Schließlich wird gerade in und mit nationalen Museen versucht, Identität zu stiften und einen spezifischen Blick auf die Geschichte zu etablieren. Nicht zuletzt deshalb wurden mit der Beauftragung der Historikerin Dr.in Monika Sommer zur Gestaltung dieser Ausstellung ein wissenschaftlicher Beirat, ein internationaler Beirat sowie ein Publikumsforum installiert. In diesen Gremien erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit den Fragen, was ein heutiges Geschichtsmuseum leisten soll und kann. Einig war man sich darin, dass das Museum ein Ort der Auseinandersetzung sein soll, der es ermöglicht, die historische und politische Urteilskraft zu stärken und der identitätsstiftend in dem Sinne ist, dass ein Bewusstsein für die Pluralität unserer Gesellschaft als Basis einer lebendigen liberalen Demokratie geschaffen wird. Ein Ort der Auseinandersetzung zu sein bedeutet jedoch auch, unterschiedliche Interpretationen und Bewertungen historischer Ereignisse, wie etwa die Kontroverse um die Zeit des Austrofaschismus, sichtbar zu machen. Das heißt aber nicht, dass alle Sichtweisen gleichwertig nebeneinander dargelegt werden müssen, denn Museen sind auch „moralische Anstalten“ (Oliver Rathkolb), die grundlegende Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Frieden vermitteln sollen.

Der Widerstand von Frauen

Ich konnte mich als Mitglied des Publikumsforums in die Diskussion um Ausrichtung und Ausgestaltung einbringen. So kam es auch, dass ich einen wesentlichen

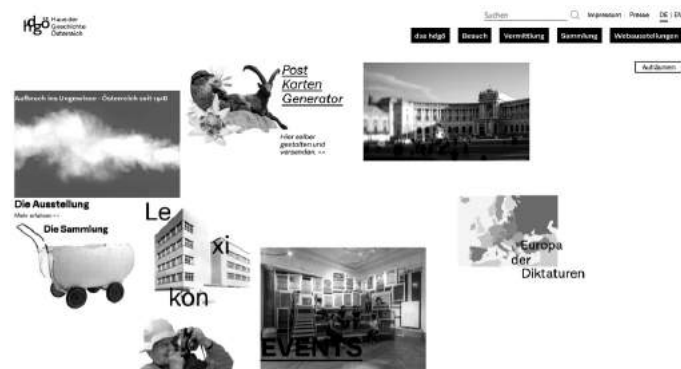
Beitrag zur Thematisierung des Widerstands von Frauen im Nationalsozialismus leisten konnte. Eine zeitlich glückliche Fügung ermöglichte es, anhand der Widerstands- und Verfolgungsgeschichte von Berta Lauscher, der späteren langjährigen Sekretärin der ÖLGR (siehe S. 15), das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück als einer der Orte des NS-Terrors in der Ausstellung zu thematisieren. Im Zuge des mit Brigitte Halbmayr durchgeführten Forschungsprojektes „Meine Mama war Widerstandskämpferin“ (siehe S. 11) vertraute mir der Sohn von Berta Lauscher, Ernst Josef Lauscher, verschiedene wertvolle Erinnerungsstücke an seine Mutter an. Darunter befand sich auch der Kassiber aus Ravensbrück, den Berta Lauscher ihrem Bruder über den Zaun werfen konnte (siehe S. 14). Dieser ist nun ein zentrales Ausstellungsstück im HdGÖ.



Vitrine im HdGÖ zu den Konzentrationslagern Ravensbrück und Mauthausen. Foto: Helga Amesberger

Das HdGÖ als „Verhandlungsort und Diskussionsforum“ – wie es sich selbst versteht –, ist nicht beschränkt auf den physischen Ausstellungsort in der Hofburg; das HdGÖ nutzt auch den virtuellen Raum zur Vermittlung und Auseinandersetzung mit Geschichte (www.hdgoe.at). Vor allem werden die Besucher*innen der Website zum Mitmachen animiert. Beispielsweise können sie in der Webausstellung „Österreichische Bildlandschaften“ Fotos veröffentlichen und so zum „Bildgedächtnis“ beitragen. Oder: Unter dem Titel „Europa der Diktaturen“ kann man sich interaktiv mit den verschiedenen Dikta-

turen in Europa zwischen 1926 und 1945 auseinanderzusetzen. Brigitte Halbmayr und ich verfassten auch einige Texte für das online abrufbare Lexikon zur Geschichte Österreichs. Und zwar zur Verfolgung von Frauen im Nationalsozialismus, zum Widerstand von Frauen und zur Verfolgung von Menschen als „Asoziale“. Auch hier können die virtuellen Besucher*innen Themenvorschläge für das Lexikon einbringen.



Screenshot von der Homepage des HdGÖ

Meines Erachtens ist der Direktorin Monika Sommer und ihrem Team in nur knapp zweijähriger Entwicklungszeit eine ausgesprochen lebendige und anregende Ausstellung geglückt. Es bleibt nun zu hoffen, dass die türkis-blaue Regierung zu ihrem Versprechen steht, für das zukünftige HdGÖ – die derzeitige Ausstellung wird es nur bis Mai 2020 geben – ausreichend Finanzierung zur Verfügung zu stellen.

Helga Amesberger



Bild oben: Monika Sommer, Direktorin des Hauses der Geschichte Österreich. Foto: Julia Stix/HdGÖ

Bild unten: Oliver Rathkolb, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Hauses der Geschichte Österreich, bei der Eröffnungsfeier am 10. November 2018. Foto: eSel.at-Lorenz Seidl/HdGÖ

Geheime Botschaften aus dem KZ Ravensbrück



Ernst Josef Lauscher, der Sohn von Berta Lauscher, brachte dieses berührende Stoffstück zu einem Interview im Rahmen des Projekts „Meine Mama war Widerstandskämpferin“ mit und erzählte dazu folgende Geschichte: Nachdem Berta Grubhofer bereits fast zwei Jahre im Frauenkonzentrationslager inhaftiert war, wollte ihr Bruder sich selbst ein Bild machen, wie es ihr gehe. Er sei deshalb nach Ravensbrück gefahren, wo er am Lagerzaun einen Häftling nach dem Verbleib seiner Schwester fragte. Die Häftlingsfrau habe ihn aufgefordert, am nächsten Tag wieder zu kommen. Und tatsächlich traf er tags darauf seine Schwester am vereinbarten Ort an, die ihm, ohne dass es die Wachmannschaften bemerkten, den Kassiber über den Zaun warf.

Der Kassiber ist Beleg für widerständiges Handeln im KZ und für den gelungenen Versuch, die Zensur zu umgehen. Die kommunistische Widerstandskämpferin Berta Grubhofer (spätere Lauscher) richtet sich in ihrer unerlaubten Mitteilung vor allem an die Mutter. Ihre Sorge gilt jedoch insbesondere ihrem Vater und ihrem Ver-

lobten – beide ebenfalls in einem KZ festgehalten. Der Kassiber ist voller versteckter Anspielungen und Codes: „Es ist ja das Leben so teuer (oder billig?).“ Damit deutete sie die menschenverachtende Behandlung im KZ an. Briefe von Zuhause waren eine psychische Stütze, denn die Inhaftierten wussten um die Angriffe der Alliierten und machten sich daher um die Angehörigen Sorgen. Aufforderungen wie „Bitte schreib mir nach einem Angriff immer eine rote Karte“ sind Ausdruck dieser Sorge. Die gefangenen Frauen konnten aber daraus ebenso Rückschlüsse auf den Kriegsverlauf ziehen.

Ernst Josef Lauscher fiel es nicht leicht, sich von diesem, wie er sagte, wertvollsten Erinnerungsstück an seine Mutter zu trennen. Ich möchte mich auf diesem Wege nochmals bei ihm für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Ich betrachte dies auch als eine Wertschätzung meiner/unserer Arbeit.

Helga Amesberger



Das Erinnerungsstück von Ernst Josef Lauscher an seine Mutter Berta ist nun ein zentrales Ausstellungsstück im Haus der Geschichte Österreich (HdGÖ) in Wien.
Foto: Helga Amesberger

Berta Lauscher, geb. Grubhofer



Berta Lauscher 1966

Aus dem Jahr 1946 stammt folgender von Berta Lauscher selbst verfasster Lebenslauf, in dem sie vorwiegend auf ihre Widerstandstätigkeit in der Zeit des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus sowie im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingeht. Es ist nicht bekannt, in welchem Zusammenhang Berta, auch Bertl oder Sternderl genannt, diesen Lebenslauf niederschrieb. Deutlich werden die Herausforderungen konspirativer politischer Betätigungen in diktatorischen Regimen. Ich habe mir erlaubt, etwaige Tippfehler zu korrigieren und ergänze dort, wo zum besseren Verständnis notwendig, in eckiger Klammer einige Informationen. Dieser Lebenslauf befand sich im Nachlass von Berta Lauscher und wurde mir freundlicherweise von ihrem Sohn Ernst Josef zur Verfügung gestellt.

Helga Amesberger

Lebenslauf

Ich bin in Warnsdorf (C.S.R.) am 16.1.1913 geboren und besuchte in Wien fünf Volks- und drei Bürgerschulklassen. Durch die schlechte wirtschaftliche Lage meiner Eltern wurde ich schon in meinem 14. Lebensjahr gezwungen, meinen Beitrag der Familie durch Arbeit in der Fabrik zu leisten. In einer Textilfabrik, wo ich einige Jahre beschäftigt war, wurde ich Vertrauensmann der dort beschäftigten jungen Arbeitermädels. Ein Streik um Lohnerhöhung, den wir mit Hilfe der Textilarbeitergewerkschaft mit Erfolg führten, begann mein Interesse für wirtschaftliche und politische Fragen wach zu rufen. Durch die Tätigkeit meines Vaters (Bezirksleiter der Kommunistischen Partei im 14. Bezirk) trat ich 1930 dem kommunistischen Jugendverband bei.

Anfangs arbeitete ich als Funktionärin in der Zelle, später wurde ich Mitglied der Bezirksleitung im 14. Bezirk und Mitglied der Kreisleitung des 3. Kreises. 1933 trat ich mit 49 Jugendlichen auf einer öffentlichen Kundgebung der Kommunistischen Partei bei. 1934 besuchte ich eine 4-wöchige Jugendschule im Gesäuse. Zurückgekehrt, wurde ich dem 16. [Bezirk] als Instrukteur zugeteilt, wo ich kurz darauf mit einer Gruppe von Jugendlichen ver-

haftet und zu drei Monaten Polizeistrafe und drei Monaten bedingter Gerichtsstrafe verurteilt wurde. Aus dem Gefängnis entlassen, hatte ich verschiedene Funktionen im 3. Kreis des komm. Jugendverbands inne.

Im Januar 1936 reiste ich zu meinem [späteren] Mann, Josef Lauscher, nach Moskau, der dort als Vertreter des Österreichischen K.J.V. [Kommunistischer Jugendverband] auf der K.J.I. [Internationaler Kommunistischer Jugendverband] tätig war. Im November 1936 kehrte ich nach 10-monatigem Aufenthalt nach Österreich zurück. Kurz nach meiner Heimkehr wurde ich mit der Genossin Hilde Graf für die Mädchenarbeit in Wien – innerhalb des Komm. Jugendverbandes – verantwortlich gemacht. Ende 1937 übernahm ich den Jugendapparat und im Januar 1938 wurde ich zusammen mit meinem Bruder, meiner Schwägerin, meinem Vater und meinem [späteren] Mann verhaftet und zu einer vorläufigen Gefängnisstrafe von 9 Monaten verurteilt. Kurz vor unserem Prozess wurden wir im Zuge der allgemeinen Amnestie für politische Gefangene im Februar 1938 amnestiert. Nach der Annexion Österreichs durch Hitler im März 1938 wurden mein [späterer] Mann und mein

Vater wieder verhaftet. Ich leitete damals einige Grenzübertritte für die Komm. Partei in die C.S.R. Darunter waren folgende Genossen: Ernst Burger (hingerichtet), Prichatceck und Frau [sie meint wohl Otto oder Berta Brichacek], eine ungarische Genossin, Ilona, und noch einige mir unbekannte Genossen. Damit im Zusammenhang wurde ich im Mai 1938 von der Gestapo verhaftet und zu 3 Monaten Polizeistrafe verurteilt. Nach meiner Freilassung im Spätsommer 1938 hatte ich mit der Organisation aus konspirativen Gründen keine Verbindung aufgenommen. Ich versuchte die Freilassung meines Mannes zu bewerkstelligen, was mir nicht gelungen ist. 1938 kam Genosse Walter (Bruno Dubber) [wieder] nach Österreich und nahm mit Genossin Hedi Urach und mir die Verbindung auf. Wir waren einige Male mit ihm beisammen und unsere Arbeit bestand darin, wichtige Verbindungen für die verschiedensten Arbeiten des illegalen Apparates aufzunehmen. Kurz darauf wurde Gen. Walter mit einer Gruppe von Genossen verhaftet. Wir rechneten mit unserer Verhaftung und brachen nun jede Verbindung mit der Organisation ab, um die Genossen nicht zu gefährden. Gen. Hedi Urach ging aus diesem Grunde in die Emigration nach Belgien. Ich wartete einige Monate ab, um Anfang 1940 die Verbindung mit der Simmeringer Partei aufzunehmen. [...] In der Zwischenzeit, während meines Ausscheidens aus der Organisation, wurde ich am Postamt 76 (Südbahnhof) angestellt und besuchte dort einige Kurse, die sich mit theoretischen Fragen des Postwesens und hauptsächlich mit der Geographie unseres Landes sowie der angrenzenden Staaten beschäftigte. Nach gutem Erfolg dieser Kurse trat ich in den praktischen Postdienst ein. Dort nahm ich Fühlung mit zwei Genossen unserer Partei und suchte mir im Kreise meiner Arbeitskameradinnen eine Stellung zu verschaffen, die es mir ermöglichte, sie für unsere Idee zu interessieren und gegen die Hitlerpropaganda aufzutreten. (Dies ist mir gelungen. Mit einer Spende von 50.- RM monatlich wurde meine Mutter nach meiner Verhaftung laufend unterstützt.) Ich sammelte Gelder für Kameradinnen, die in wirtschaftlicher Not waren, und unterstützte verhaftete Genossen, u.a. Gen. Walter. Im Sommer 1940 kam Genossin Hedi Urach wieder nach Österreich. Nach ihrer Legalisierung in Wien begann sie, durch mich die Verbindung mit der Organisation aufzunehmen. Ich hatte damals [Verbindung] mit einer neuen Gruppe der Partei. Das war die Tonigruppe im 13–14 und 15. Bezirk. Von dieser bezog ich auch hin und wieder Flugblätter. In dieser Zeit kam auch Gen. Erwin Buschmann ins Land, der mit meinem Vater und mir einige Male zusammentraf: Ich führte ihn mit Gen. Urach zusammen und sie wurde Mitglied der engeren Leitung der damaligen Wiener Parteiorganisation. [...] In dieser zentralen Wiener Leitung waren nach Gesprächen, die ich mit Gen. Urach führte, folgende Genossen: Erwin Buschmann, Hedi Urach und ein gewisser „Ossi“. Dieser Ossi war, wie sich später heraus-

stellte, einer der größten Gestapospitzel, die es jemals innerhalb unserer Organisation gegeben hat. 14 Tage vor der Kriegserklärung Deutschlands an die Sowjetunion im Juni 1941 wurde Gen. Urach verhaftet und damit sämtliche Genossen unserer Organisation. Obwohl ich nur Mittelsmann war und diesen Ossi nicht kannte, so rechnete ich trotzdem mit meiner Verhaftung. Ich wartete wieder.

Anfang September d.J. kam zu mir eine Genossin (Poldi Kovarik, 10. Bez., hingerichtet) und brachte mir eine Zusammenkunft mit Gen. Leo Gabler. Nach einigen Gesprächen mit ihm übernahm ich die Verbindung mit Oberösterreich und zwar mit Gen. Ploderer (heute Bezirksleiter von Steyr). Wir sollten außer der politischen Arbeit, die sich hauptsächlich auf die Steyrerwerke richtete, auch eine Sendestation in den Bergen einrichten. In der Zwischenzeit musste ich meine Tätigkeit für 3 Wochen aufgeben, weil ich nach einer Operation von der Post in ein Erholungsheim geschickt wurde. Nach meiner Ankunft in Wien – Mitte Oktober – kam ich zu meiner vereinbarten Zusammenkunft mit Gen. Gabler, umsonst. Gen. Gabler war verhaftet und meine Verbindung mit der Partei war dahin. Wiederholt versuchte ich meinen Kontakt mit Steyr wieder herzustellen, es war umsonst. Dieses Suchen dauerte Monate und erst nach meinem jetzigen Zusammentreffen mit Gen. Ploderer erfuhr ich über seine Verhaftung und seine Verurteilung zum Tode.

Bis zu meinem Zusammentreffen mit Gen. Konrad (Hermann Köhler) hatte ich nur mehr die Verbindung zur Simmeringer Partei. Im Februar 1943 wurde mir durch Gen. Grissinger, der mit mir im Postamt 76 die Verbindung hatte, mitgeteilt, dass Gen. Konrad in Wien sei und mich zu sprechen wünsche. Nach meiner ersten Zusammenkunft mit ihm wurde ich auch mit seiner Mitarbeiterin Gen. Elisabeth Poretzky bekannt, der ich eine Unterkunft bei meiner Freundin Gen. Hilde Graf (Hamburg) verschaffte. Meine Arbeit beschränkte sich vorläufig auf das Heranschaffen des Sendeapparates, den Gen. Konrad mitgebracht hatte. Außerdem mit der Einrichtung dieser Sendestation, für die ich schon einige gute Verbindungen aufgenommen hatte. Mitten in der besten Arbeit wurde ich am 30. März 1943 verhaftet und auf die Gestapo eingeliefert. Eine Gegenüberstellung mit Elisabeth Poretzky und Gen. Grissinger genügte, um mir meine jetzige Lage sofort klar zu machen. Diese zwei Genossen waren den Methoden der Gestapo nicht gewachsen. Gen. Grissinger gab meinen Namen nach vielen Martern preis und Gen. Poretzky die Adresse meiner Freundin Hilde Graf, [auch] die Adresse der alten Gen. Weiss und ihre Chiffre.

Meiner Freundin war keine andere Aussage als das Zugeben eines Quartiers für die Gen. Poretzky möglich.

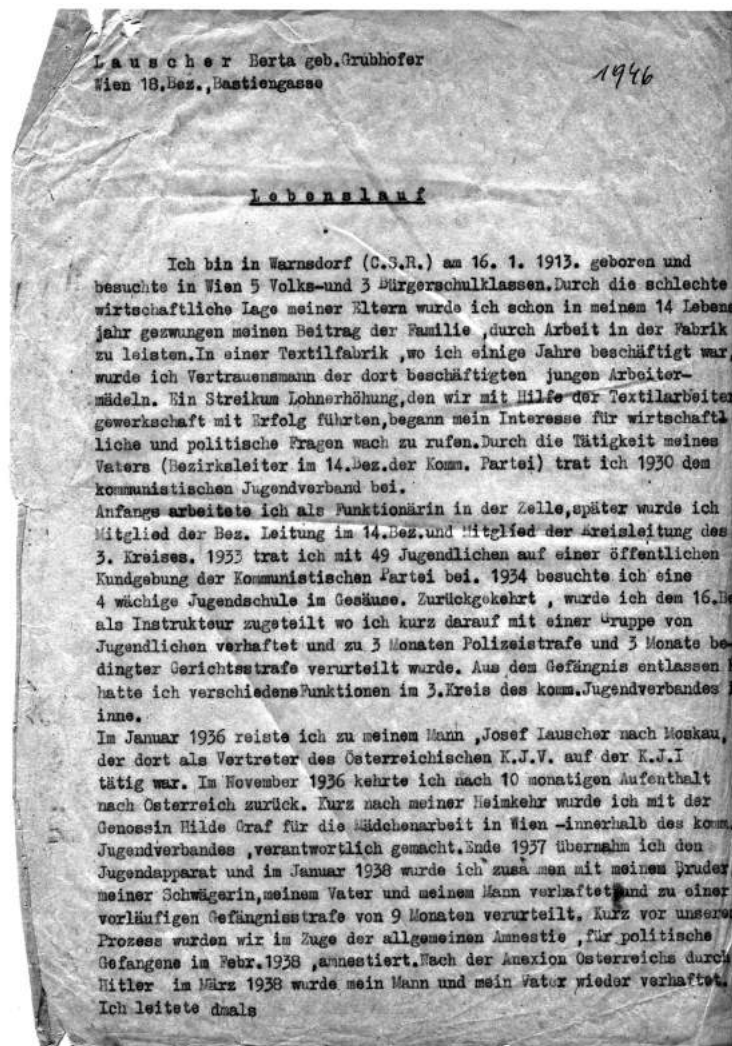
Ich verantwortete mich, indem ich mich auf die Verschaffung eines Quartiers für Bombenbeschädigte beschränkte und jede politische Handlung abstritt. Ich habe weder einen Namen noch eine Adresse genannt. Nach 3-monatlicher Einzelhaft, die mir durch die Fürsorge des Genossen Gabler erleichtert wurde, verschickte man mich nach dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück.

Nach meinem Kontakt mit den Genossinnen aus Österreich wählten wir 1944 aus sieben Genossinnen eine dreigliedrige Parteileitung. In dieser Leitung waren folgende Genossen: Irma Trksak (Siemens), Anni Vavak und ich. Unsere Arbeit richtete sich hauptsächlich auf die Zusammenfassung der Österreicherinnen, fallweise Zusammenkünfte, Besprechung wichtiger politischer Fragen sowie die Befürsorgung der kranken Genossinnen. Im Jahre 1944 wurde unsere Leitung geändert und statt Gen. Vavak die aus Frankreich kommende Gen. Ernst Mela hineingenommen. Kurze Zeit darauf wurde

unsere Genossin Mara Günser [richtig: Günzburg] von der Lagerleitung in den Bunker gebracht und mit noch 7 jungen Russinnen erschossen. An ihre Stelle trat nun die Gen. Mitzi Berner. Ich war Mitglied der Leitung bis zur Auflösung des Lagers durch die SS am 28. April 1945.

Wir wurden evakuiert und ich flüchtete mit folgenden Genossinnen: Irma Trksak, Toni Bruha, Anni Schefzik. Im Walde warteten wir den Einmarsch der Roten Armee ab. Dank der Roten Armee waren wir am ersten Mai frei – 3 Wochen später kamen wir in Wien an.

Nachtrag: Über meine Familie ist noch zu erwähnen, daß mein Vater nach 3-jähriger Haft, am 20. Febr. 1945 im Konz.Lager Dachau gestorben ist. Meine Mutter, mein Bruder, meine Schwägerin Mitglied der Kommunistischen Partei sind und daß sich meine Schwester seit 1930 in der Sowjetunion befindet. Weiters, daß mein Schwager Karl Mayerhofer in Spanien gefallen ist.



Nach ihrer Befreiung setzte Berta Lauscher ihre politische Arbeit fort. Vor allem engagierte sie sich für den KZ-Verband und die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück. Von 1958 bis 1971 war sie im erweiterten Ausschuss der Lagergemeinschaft aktiv, von 1977 bis zu ihrem Tod am 24. Februar 1984 bekleidete sie die wichtige Funktion der Sekretärin.

Tätigkeiten 2018 der ÖLGR/F

Jänner: Den Vereinen *maiz – Autonomes Zentrum von und für Migrant*innen*, *FIFTITU% – Vernetzungsstelle für Frauen* in Kunst und Kultur in OÖ* und *ARGE Sie – Beratung und Wohnen für wohnungslose Frauen* werden vom Frauenreferat des Landes Oberösterreich die Förderungen komplett gestrichen. Die ÖLGR/F unterzeichnet den offenen Protestbrief an Landesrätin Haberland.

18. Jänner: Der Verein IM-MER (Maly Trostinec erinnern) ist zu Gast bei der ÖLGR/F im Kulturzentrum „Werkl“ im Goethehof (Seite 21).

März: Wir senden an die Bezirksvorsteherin des 2. Bezirks in Wien Vorschläge zur Benennung von Verkehrsflächen usw. nach „Ravensbrückerinnen“ (Seite 9).

April: Veröffentlichung des ersten Teils der Online-Publikation „70 + 1 Jahr“ auf www.ravensbrueck.at

21.–22. April: Teilnahme an den Gedenkfeiern zum 73. Jahrestags der Befreiung des KZ Ravensbrück und des KZ Uckermark (Seite 3 & 7)

15.–19. Juni: IRK-Treffen in Warschau (Seite 8)

16. September: Der Antrag für die Errichtung der Gedenkkugel und Inschrift für die verfolgten und ermordeten lesbischen Frauen im KZ Ravensbrück wird von der ÖLGR/F unterstützt und an die Leiterin der Gedenkstätte, Insa Eschebach, gesandt (Seite 5).

18. Oktober: Seit 4. Oktober 2018 finden wieder Donnerstagsdemos gegen die Politik der derzeitigen Regierung aus ÖVP und FPÖ statt. Tina Leisch hatte die Idee, an der Fassade des KZ-Verbands in der Lassallestraße ein Transparent mit Portraits und Namen von „Ravensbrückerinnen“ anzubringen. Die Demo zieht daran vorbei (siehe Fotos unten).

15. November: Der zweite Teil der Online-Publikation „70 + 1 Jahr“ wird veröffentlicht.

3. Dezember: Es folgt der dritte Teil der Online-Publikation „70 + 1 Jahr“.

15. Dezember: Der vierte Teil der Online-Publikation „70 + 1 Jahr“ wird veröffentlicht (siehe unten).



Botschaft und Gruß der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen an die „Donnerstagsdemo“ vom 18. Oktober 2018 in Wien.
Fotos: KZ-Verband

.....



www.ravensbrueck.at

Ausgabe 2 (15. November 2018)

Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück -
Die ersten Jahre

Ausgabe 3 (30. November 2018)

Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen -
Eine Zukunft ohne Zeitzeuginnen

Ausgabe 4 (15. Dezember 2018)

Erinnerung als Erbe —
Zur Weitergabe der persönlichen NS-Erfahrungen

Die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen lädt zum Download ihrer Online-Publikation „70 + 1 Jahr“ ein!

Tätigkeiten 2018 von Aktivistinnen

Jänner: Die Initiative *Anerkennung von „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ als Opfer des Nationalsozialismus* tritt an die Öffentlichkeit: www.change.org/vergessene-opfer Sie wurde von Sylvia Köchl (langjährige Schriftführerin der ÖLGR/F) gemeinsam mit Julia Hörath (Hamburg), Andreas Kranebitter (Gedenkstätte Mauthausen), Dagmar Lieske (Berlin) und Prof. Frank Nonnenmacher (Goethe-Universität Frankfurt a.M.) gegründet. Ziel ist die offizielle Anerkennung dieser „vergessenen“ Opfer durch den deutschen (und später auch den österreichischen) Staat.

20. Jänner: Teilnahme am alljährlichen Gedenken an Grete Jost, kommunistische Widerstandskämpferin, 1943 von den Nationalsozialisten ermordet.

7. März: Einladung der 2. Präsidentin des Nationalrates Doris Bures zur politischen Matinee anlässlich des Internationalen Frauentages ins Palais Epstein. Unter dem Titel „Frauen erinnern“ diskutierten Aleida Assmann (Literatur- und Kulturwissenschaftlerin), Johanna Gehmacher (Historikerin), Maja Haderlap (Schriftstellerin) und Brigitte Halbmayr (Soziologin und Politologin); Moderatorin war Sibylle Hamann.

4. Mai: Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Zeremoniensaal der Hofburg. Jugendliche beschäftigten sich im Rahmen des Projekts „Dialog des Erinnerns – Geschichten brauchen Stimmen“ in der Gedenkstätte Mauthausen mit Biografien von Opfern. Michael Köhlmeier hielt eine vielbeachtete Rede, in der er angesichts des Agierens der derzeitigen Regierung warnte: „Zum großen Bösen kamen die Menschen nie mit einem Schritt. Nie. Sondern mit vielen kleinen, von denen jeder zu klein schien für eine große Empörung. Erst wird gesagt, dann wird getan.“

22. Mai: Der Bereich vor der Wiener U-Bahn-Station

Schottenring wird von Bezirksvorsteher Markus Figl zu Jonny-Moser-Park benannt. Die feierliche Zeremonie erfolgte unter Anwesenheit zahlreicher Weggefährten des 2011 verstorbenen Historikers und Zeitzeugen sowie im Beisein seiner beiden Söhne.

2. Oktober: Der Gemeindebau in der Klosterneuburgerstr. 99 im 20. Wiener Gemeindebezirk wurde nach einer ihrer ehemaligen BewohnerInnen, nach Erna Musik benannt. Die im März 2009 Verstorbene überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück. In der Lagergemeinschaft war sie von 1979 bis 1984 als zweite Kassierin, von 1984 bis 1999 als Obfrau-Stellvertreterin und danach bis 2005 als Obfrau tätig.

25. Oktober: Begräbnis des Holocaust-Überlebenden und Zeitzeugen Rudi Gelbard (Nachruf Seite 22)

Forschungs- und Projektarbeiten:

Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr initiierten und bearbeiteten am Institut für Konfliktforschung zwei Forschungsprojekte, die unmittelbar Österreicherinnen im KZ Ravensbrück betreffen. Die Ergebnisse werden 2019 publiziert: Helga Amesberger, Brigitte Halbmayr und Elke Rajal: *„Arbeitsscheu und moralisch verkommen“ – Verfolgung von Frauen als „Asoziale“ im Nationalsozialismus*, erscheint März 2019 im Mandelbaum Verlag (Seite 10). Helga Amesberger, Brigitte Halbmayr und Simon Clemens: *„Meine Mama war Widerstandskämpferin“*, erscheint Herbst 2019 im Picus-Verlag (Seite 11). Helga Amesberger: Mitglied des Publikumsforums des Haus der Geschichte Österreich (HdGÖ), Organisation eines Ausstellungsobjektes für die Vitrine zum KZ Ravensbrück bzw. zur Geschichte der kommunistischen Widerstandskämpferin und späteren Sekretärin der ÖLGR Berta Lauscher (Seite 12).

Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr verfassen einige Texte zur Verfolgung von Frauen im Nationalsozialismus für das Online-Lexikon des HdGÖ (Seite 13).

Vorschau auf 2019

13.–15. April 2019: Gedenkfahrt nach Ravensbrück zur Befreiungsfeier – InteressentInnen werden umgehend um Anmeldung ersucht! Tel. 0650 48 00 636 oder per E-Mail an LGRav_FreundInnen@gmx.net

Juni: Daniel Langbeins neueste Auseinandersetzung mit dem Leben seines Großvaters Hermann Langbein wird unter dem Titel *„Lebenslang“* im Theater Drachengasse in Wien aufgeführt. Termine: 12.6., 13.6. und 14.6. vormittags für Schulvorführungen, 18.6. und 19.6. für Abendvorstellungen (Seite 20)

Oktober: Die Wanderausstellung *„...unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten“*. Die medizinische Versorgung durch Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück wird im Oktober in der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte am Campus der Universität Wien gezeigt. Die Eröffnung findet am 17. Oktober 2019 statt. Die Ausstellung wird bis März 2020 zu sehen sein und von einigen Veranstaltungen begleitet werden (Seite 20).

Theaterperformance „Lebenslang“ im Theater Drachengasse

Der Enkelsohn von Hermann Langbein, Daniel Langbein, von Beruf Schauspieler, hat sich abermals mit seinem Großvater beschäftigt. Seine erste berufliche Auseinandersetzung mündete im Theaterstück „Macht Gelegenheit Mörder“, vor zwei Jahren einige Male auf Einladung der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen hin im WUK aufgeführt, dies v.a. vor Schulklassen.

Diesmal ist es ein Ein-Mann-Stück mit dem Titel „Lebenslang“, das er letztes Jahr im Zuge seines Engagements am Theater Junge Generation in Dresden entwickelt hat. In dem Stück spricht er Passagen aus Videointerviews mit seinem Großvater nach: die Tötungen im Auschwitz-Krankenbau, die Pflichten und Versuchungen eines Funktionshäftlings, die Internationalisierung und Hierarchisierung der Häftlingsgesellschaft, die gelungene Flucht und der Auftrag an sich selbst und die nachfolgenden Generationen sind die Themen, die zur Sprache kommen. Daniel erzählt zuerst alleine, dann gemeinsam mit seinem Großvater (Videoeinspielung), zuletzt erzählt dieser alleine.

Dieses „Reenactment“ sieht Daniel Langbein als Möglichkeit, auch andere Menschen zur Auseinandersetzung mit dem Gesagten einzuladen. Das Stück dauert nur 15 Minuten, sodass danach ausreichend Zeit für ein moderiertes Gespräch bleibt, um Eindrücke, Standpunkte und Sichtweisen mit Daniel Langbein auszutauschen und zu diskutieren.

Mit dem Theater Drachengasse konnte ein erfahrener Kooperationspartner gefunden werden. Es sind an drei Tagen im Juni, und zwar am 12.6., 13.6. und 14.6.2019 tagsüber Vorstellungen terminisiert, die in erster Linie für Schulklassen gedacht sind. Zudem sind zwei Abendvorstellungen vorgesehen, und zwar am 18. und 19. Juni 2019 – bitte die Termine jetzt schon vormerken!

Der Kooperationspartner Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes wird sich insbesondere bei den an die Vorführung anschließenden Moderationen einbringen. Wir danken dem Zukunftsfonds der Republik Österreich für die bereits zugesagte Förderung dieses Vorhabens.

Brigitte Halbmayr

„... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten“

Ausstellung zum Häftlingsrevier des KZ Ravensbrück 2019–2020 in der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte an der Uni Wien

Unter dem Titel „... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten“ *Die medizinische Versorgung durch Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück* wurde vom Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. in Deutschland eine Wanderausstellung gestaltet. Im Mittelpunkt dieser Wanderausstellung über das Krankenrevier im KZ Ravensbrück steht die Arbeit des medizinischen Häftlingspersonals. Es geht um Themen wie den Einsatz von Häftlingen als Ärztinnen und Pflegerinnen, um die Krankheiten im Lager, um Arbeitsunfälle, medizinische Verbrechen, Hygiene, die KZ-Abteilung Lagerarzt, die Geburtenabteilung, die Pathologie, um Gerichtsprozesse in Hamburg und in der Sowjetunion und vieles mehr.

Erstmals wurde die Wanderausstellung am 16. April 2016 in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück gezeigt und tourt seither durch Deutschland. Wir von der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück

& FreundInnen zeigen die Ausstellung in den Ausstellungensräumen der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien, und zwar von Oktober 2019 bis März 2020.

Die Eröffnung findet am Donnerstag, den 17. Oktober 2019, statt. Im Begleitprogramm zur Ausstellung wird es einen Fachvortrag von Dr. Christl Wickert, Kuratorin der Ausstellung, zu Häftlingsärztinnen wie auch SS-Ärzten in Ravensbrück, einen von Loretta Waltz gestalteten „Porträt-Abend“ mit Schwerpunkt auf die Österreicherinnen im Häftlingsrevier sowie einen Fachvortrag von Dr. Herwig Czech zu ÄrztInnen der medizinischen Fakultät der Universität Wien im Nationalsozialismus geben. Nähere Informationen dazu werden zeitgerecht übermittelt. Auch dieses Veranstaltungspaket ermöglicht eine Förderung des Zukunftsfonds der Republik Österreich.

Brigitte Halbmayr

Symbolische Grundsteinlegung für das Memorial Maly Trostinec



Gedenkareal Trostenez, Weißrussland am 29. Juni 2018: symbolische Grundsteinlegung für das zukünftige Denkmal zur Erinnerung an die in Maly Trostinec ermordeten Juden und Jüdinnen aus Wien, Prag, Brünn und Theresienstadt.

Im Bild oben v.l.n.r.: Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander van der Bellen, Waltraud Barton, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer und Margit Fischer.

Fotos: www.bundespraesident.at

Am 18. Jänner waren die Gründerin des Vereins „IM-MER Maly Trostinec erinnern“, Waltraud Barton, und sieben MitarbeiterInnen bei der ÖLGR/F zu Gast. Frau Barton berichtete uns von ihren Bemühungen, an dem Ort, wohin rund 10.000 österreichische Jüdinnen und Juden aus Wien, Prag, Brünn und Theresienstadt deportiert und sofort nach ihrer Ankunft ermordet worden waren, ein Denkmal errichten zu lassen.

Am 29. Juni 2018 fand auf dem Gelände des weißrussischen Gedenkareals Trostenez die symbolische Grundsteinlegung für das Memorial statt. Dabei anwesend waren Bundespräsident Alexander van der Bellen und Doris Schmidauer, der ehemalige Bundespräsident Heinz Fischer und Margit Fischer sowie Waltraud Barton. Im März 2019 wird das Mahnmal, auf dem die Vornamen der Ermordeten angebracht werden, eröffnet.

Im Buch „Maly Trostinec – Das Totenbuch – Den Toten ihre Namen geben“ hat Frau Barton in akribischer Kleinarbeit die Namen und letzten Wohnadressen der in den Jahren 1942 und 1943 der dorthin deportierten Jüdinnen und Juden aufgelistet. Das Buch enthält auch historische Erläuterungen und Texte von Nachkommen von Ermordeten, in denen sie im Gedenken an ihre Angehörigen ihrer Trauer Ausdruck geben.

Wer mehr über den Verein IM-MER erfahren möchte, kann im Mitteilungsblatt 2017 (S. 23) Waltraud Bartons Beitrag zur Geschichte des Vereins nachlesen (www.ravensbrueck.at/wp-content/uploads/2018/03/mitteilungsblatt2017.pdf).

Hannelore Stoff

In Memoriam Professor Rudolf Gelbard

4.12.1930 – 24.10.2018



*Rudolf Gelbard 2014 im Burgtheater
Foto: Christian Michelides*

Ein unermüdlicher Aufklärer

Rudi Gelbard stammte aus einer chassidischen Familie, er verbrachte seine Kindheit im 2. Bezirk in Wien. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten musste er – wie alle jüdischen Kinder – seine Schule verlassen, deshalb konnte er nur eine Volksschulklasse besuchen. Er holte seine Schulbildung, die ihm vom NS-Regime verweigert wurde, nach dem Krieg durch Privatunterricht, den Besuch einer Handelsschule, vielen weiterbildenden Kursen an Volkshochschulen und als außerordentlicher Hörer am Institut für Zeitgeschichte in Wien nach.

Ausgrenzung, Deportation, Bricha

Während der Zeit, in der er durch das Tragen des gelben Sterns als Ausgegrenzter gebrandmarkt wurde, waren es die sogenannten Schlurfs und Prostituierten, die mit ihm sprachen und sich um den Achtjährigen kümmerten, dies betonte er immer wieder.

Am 2.10.1942 wurde er mit seinen Eltern nach Theresienstadt deportiert. Dort erhielt er seine erste politische Schulung durch linkssozialistisch-zionistische und sozialdemokratisch-zionistische Jugendführer, die später alle in Auschwitz-Birkenau ermordet wurden.

Am 9.5.1945 befreite die Rote Armee Theresienstadt.

Rudi Gelbard und seine Eltern kehrten nach Wien zurück, sie starben aber bald an den Folgen der KZ-Haft. Insgesamt 19 Mitglieder seiner Familie wurden von den Nationalsozialisten ermordet.

Nach 1945 strandeten viele „Displaced Persons“ in Österreich. Das Ziel vieler jüdischer Überlebender von Konzentrations- und Vernichtungslagern war Palästina. Die britische Mandatsverwaltung allerdings war bestrebt, die Einreise der Flüchtlinge zu verhindern. Die Untergrundbewegung „Bricha“ (Flucht) organisierte unmittelbar vor der Gründung des Staates Israel die Flucht und Einwanderung nach Palästina. Rudi bezeichnete seine Aktivitäten in der Bricha als das „sicherlich Sinnvollste“, das er in seinem Leben getan habe.

Kompromissloser Antifaschist

Bekanntermaßen wollten viele Menschen im Nachkriegsösterreich ihre Teilnahme am „1000jährigen Reich“ schnell vergessen und fanden auch nichts dabei, wenn Unbelehrbare wieder ihre NS-Ideologien verbreiteten. Dagegen trat Rudi Gelbard kompromisslos auf. Er nahm an vielen Aktionen gegen revisionistische und antisemitische Veranstaltungen teil, wie z.B. 1948 an der Sprengung der Gründerversammlung der Ariseure, die sich beschönigend „Verband der Rückstellungsbetroffenen“ nannten; im Februar 1955 an der Sprengung einer Versammlung von Neonazis, bei der VdU-Nationalrat Dr. Fritz Stüber unter dem Titel „Hungerrenten und die jüdischen Forderungen an Österreich“ hetzte. Am 17.10.1959 gab es in Wien schwere Straßenauseinandersetzungen anlässlich des erstmaligen Aufmarsches

von deutschnationalen und neonazistischen Verbänden und schlagenden Verbindungen nach dem 2. Weltkrieg („Schillerfeier“).

Infolge der Affäre um den an der Universität für Welt-handel lehrenden und sich dabei häufig antisemitisch äußernden Professor Taras Borodajkevic kam es im März 1965 zu sehr harten Auseinandersetzungen zwischen Burschenschaftlern bzw. freiheitlichen StudentInnen und AntifaschistInnen bei der Oper. Am 31.3. wurde das Gründungsmitglied des KZ-Verbandes und Mitglied der KPÖ Ernst Kirchweger von Günther Kümel, einem Mitglied des Rings Freiheitlicher Jugend, erschlagen. Das war das erste Opfer einer neonazistischen Gewalttat in der zweiten Republik. Bei all diesen Protestversammlungen – und vielen weiteren – war Rudi Gelbard mit dabei.

Prozessbeobachter, Journalist, Aufklärer

In den Fünfzigerjahren beobachtete Rudi Gelbard verschiedene Prozesse gegen Nazi-Kriegsverbrecher. Er nahm in den Sechzigerjahren an Protestdemonstrationen gegen Freisprüche für Kriegsverbrecher teil, z.B. gegen Franz Murer, Gebietskommissar von Wilna; Franz Novak, SS-Transportoffizier im Eichmann-Kommando; Erich Rajakovitsch, SS-Wirtschaftsoffizier im Eich-

mann-Kommando; Robert Jan Verbelen, SS-General in Belgien.

Von 1975–1990 arbeitete Rudi Gelbard als Redakteur beim „Kurier“.

Nach seinem Pensionsantritt wirkte er als Zeitzeuge an der Uni Wien, an Gymnasien in Wien und in den Bundesländern sowie an Berufsschulen.

Die Republik Österreich verlieh ihm für seine Verdienste und seine aufklärerische Vortragstätigkeit den Berufstitel Professor. In der Spielzeit 2013–2014 wirkte er bei der Zeitzeugenproduktion „Die letzten Zeugen“ von Doron Rabinovici und Matthias Hartmann am Wiener Burgtheater mit. Die Produktion wurde zum Berliner Theatertreffen 2014 nach Dresden, Hamburg, Frankfurt und Salzburg eingeladen.

Am 24. Oktober 2018 verstarb Rudi Gelbard.

Rudi Gelbard war der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen stark verbunden. Wir vermissen sein unermüdliches Mahnen, sein Engagement im Gedenken an die NS-Opfer und seine couragierte Stimme bei der Bekämpfung von zunehmendem Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus sehr.

Hannelore Stoff

Dokumentationen:

- ◆ Ö1, 2017: „Hörbilder“ – „Des woar a Köch!“
- ◆ ORF/3sat, 2008: Der Mann auf dem Balkon. Rudolf Gelbard. KZ-Überlebender – Zeitzeuge – Homo Politikus. Dokumentarfilm von Kurt Brazda.
- ◆ Bayrisches Fernsehen, 2014: Die Nacht der Zeitzeugen. Mit Leon Weintraub, Rudolf Gelbard, Jörg Skriebeleit und Kerstin von Lingen.
- ◆ Wiener Burgtheater, Aufzeichnung: ORF III, 2013/2014: Die letzten Zeugen. Mit Marko Feingold, Rudolf Gelbard, Lucia Heilmann, Vilma Neuwirth, Suzanne-Lucienne Rabinovici und Ari Rath.

Erinnerungswebsite: <http://rudolf-gelbard.zurerinnerung.at>



Rudolf Gelbard bei seiner Rede auf der Anti-Akademikerball-Kundgebung von „Jetzt Zeichen setzen!“ am 30. Jänner 2015. Foto: Jetzt Zeichen setzen!

PRÄAMBEL

Wir ehemaligen Ravensbrücker Häftlinge, zusammengeschlossen in der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück, haben seinerzeit beschlossen, junge Freundinnen in unsere Lagergemeinschaft aufzunehmen, weil wir möchten, dass unsere Tätigkeit fortgesetzt wird, auch dann, wenn wir Alten nicht mehr da sein werden.

Um sicherzustellen, dass der Geist, in dem unsere Gemeinschaft gegründet und geführt wurde, in der selben Richtung weitergeführt wird, möchten wir die Grundsätze, auf denen unsere Tätigkeit beruht, obwohl diese Grundsätze in den Statuten unseres Vereines auch angeführt sind, noch einmal anführen. Damit wollen wir unseren jungen Freundinnen helfen, sich gegen aufdrängende Richtungsänderungen erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Diese Grundsätze sind:

- 1) Erhaltung der Erinnerung unseres Kampfes gegen den Nationalsozialismus, der die böseste Form des Faschismus ist.
- 2) Verteidigung der Demokratie und bedingungsloser Kampf gegen jede Form der Diktatur, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Wann immer die Statuten der jetzigen und sich bildenden Lagergemeinschaft aus welchen Gründen auch immer geändert werden sollten, sind diese beiden Grundsätze in die Statuten aufzunehmen und zu befolgen. Daher ist diese Präambel auch allen künftigen Statuten voranzustellen.

.....
Dieser Text wurde 2005 von Überlebenden des KZ Ravensbrück verfasst und ist seither den Vereinsstatuten der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen als Präambel vorangestellt.

Die genauere Entstehungsgeschichte wird auf www.ravensbrueck.at dargestellt – unter „Die Lagergemeinschaft“ auf „Vermächtnis“ gehen.